

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 2

Artikel: Präzedenzfall Kasachstan
Autor: Fink, Til R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1005984>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Präzedenzfall Kasachstan

Erstmals in der Geschichte der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) wurde dem Hilfsappell eines Mitgliedsstaates um militärischen Beistand gefolgt. Die von postsowjetischen Staaten gegründete Organisation greift in Kasachstan ein. Warum gerade jetzt?

Hptm Til R.Fink

Kasachstan erlebte zum Jahresbeginn die wohl gewalttätigsten Proteste seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1991. Die zunächst noch friedlichen, gegen die Erhöhung der Flüssiggaspreise gerichteten Demonstrationen wurden innerhalb weniger Tage von gewalttätigen Auseinandersetzungen überschattet.

Unter die friedlichen Demonstrierenden mischten sich – gemäss Angaben der Regierung – teilweise bewaffnete und militärisch trainierte Gruppierungen, welche kasachische Sicherheitskräfte attackierten. Die kasachischen Behörden erliessen folglich Schiessbefehl.

Mittlerweile scheint sich die Situation beruhigt zu haben, doch die Frage bleibt, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Die Unruhen in Kasachstan nahmen Anfang Januar ihren Lauf, als die Regierung den Preisdeckel für Flüssiggas (LPG) aufhob und dies rasant steigende Flüssiggaspreise zur Folge hatte.

In Kasachstan sind abgesehen vom Kochen und Heizen auch mit Flüssiggas betriebene Fahrzeuge verbreitet, weshalb die Aufhebung des Preisdeckels mittel- bis langfristig grosse finanzielle Einschränkungen für weite Teile der Bevölkerung mit sich gebracht hätte.

Die Unruhen begannen am 2. Januar 2022 ursprünglich in der westkasachischen Stadt Schanaosen und weiteten sich innert Stunden auf das ganze Land aus.

Die zu Beginn noch ökonomisch motivierten Unruhen wandten sich schnell

gegen die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft.

Die Wiedereinführung des Preisdeckels auf Flüssiggas am 4. Januar 2022 vermochte die Ausbreitung und Radikalisierung der Unruhen nicht zu verhindern und insbesondere in der Wirtschaftsmetropole und Millionenstadt Almaty radikalisierten sich diese zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden.

Schnelle Ausbreitung

Zwischen dem 5. und 7. Januar 2022 überschlugen sich die Ereignisse. In Almaty wurde am 5. Januar 2022 die Stadtverwaltung erstürmt, der internationale Flughafen Almatys von Protestierenden besetzt, im ganzen Land das Internet abgeschaltet und Statuen von Langzeitherrscher Nursultan Nazarbayev niedergedrückt.

In der Nacht zum 6. Januar 2022 rief der amtierende kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokayev das aus postsowjetischen Staaten und von Russland dominierte Militärbündnis OVKS zu Hilfe und bereits wenige Stunden später trafen erste «Friedenstruppen» der OVKS in Kasachstan ein. Am 7. Januar 2022 orderte Tokayev einen Schiessbefehl an, wobei Sicherheitskräfte ohne Vorwarnung das Feuer auf Demonstrierende eröffnen dürfen.

Die kasachische Regierung rechtfertigte dies dadurch, dass alleine auf Almaty gegen 20 000 bewaffnete und militärisch trainierte «Terroristen» vorgedrungen seien. Inwiefern dies zutrifft, ist aus der Ferne nur schwer zu beurteilen.

Ebenfalls am 7. Januar 2022 vermeldete Präsident Tokayev, dass die Situation grossmehrheitlich unter Kontrolle sei und folglich entspannte sich die Situation weiter. Zurück bleiben 225 Tote, eine verwüstete Millionenmetropole und mehr als 10 000 Festnahmen.

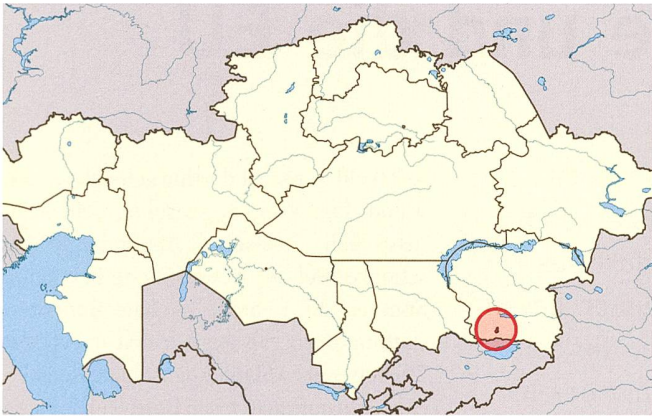
Staatsstreich?

Auch mehrere Wochen nach den Unruhen ist die Situation in Kasachstan weiterhin unübersichtlich. Zwar hat die Regierung vordergründig die Kontrolle über das



Bild: dpa/Yan Blagov

Demonstranten vor dem Rathaus in Almaty.



Epizentrum der Unruhen: Kasachstans Wirtschaftsmetropole Almaty (s. roter Punkt).



Kasachische Blauhelme in Almaty während der Unruhen: Die UN kritisierte diesen Einsatz scharf.

Bild: Vladimir Tretyakov

Land wieder inne, jedoch scheint im Hintergrund ein innenpolitischer Konflikt vorstanzzugehen. Unbestritten ist, dass die soziale Ungleichheit in Kasachstan gross ist und rund 70 Prozent der Bevölkerung in bescheidenen Verhältnissen oder Armut leben.

Ebenfalls sind politische Partizipationsrechte eingeschränkt und die ehemalige Sowjetrepublik hat mit hohen Inflationsraten zu kämpfen. Es liegen also genügend Gründe vor, weshalb Unruhen dieser Art möglich waren. Überraschend ist aber, dass die Proteste schnell das ganze Land erfassten.

Die Zivilgesellschaft in Kasachstan ist aufgrund staatlicher Repressionen nicht sonderlich ausgeprägt, weshalb eine zeitnahe und überregionale Mobilisierung von Demonstrierenden Fragen aufwirft.

Verschiedene Medien argumentieren deshalb, dass Konflikte rivalisierender Eliten zu den Unruhen geführt haben könnten und diese dahingehend zumindest teilweise gesteuert wurden.

Da unabhängige Informationen aufgrund der eingeschränkten Pressefreiheit nur spärlich zugänglich sind, fällt eine vertiefte Ursachensuche schwer. Im Nachgang an die Proteste ist aber feststellbar, dass sich Präsident Tokajev zahlreicher politischer Führungsfiguren entledigte. In diesem Kontext gilt es, den ehemaligen Präsidenten Nazarbayev zu erwähnen, welcher im Jahr 2019 das Präsidialamt nach über 25-jähriger Staatsführung an seinen Nachfolger Tokayev übergab.

Seither übte Nazarbayev im Hintergrund weiterhin grossen Einfluss aus. Auffällig ist, dass Nazarbayev seit den Unruhen

untergetaucht ist und Tokajev zahlreiche enge Vertraute Nazarbayevs abgesetzt hat.

Die OVKS und die NATO

Im Kontext der aktuellen Unruhen überrascht insbesondere auch das schnelle und entschiedene Handeln der OVKS. Bei der OVKS handelt es sich um ein aus den postsowjetischen Staaten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan bestehendes Militärbündnis.

Die OVKS beruft sich auf einen Vertrag aus dem Jahr 1992 und wurde 2002 als Organisation offiziell gegründet, um ein Gegengewicht zur Nordatlantischen Allianz (NATO) zu schaffen. Das offizielle Ziel der OVKS ist es, die internationale und regionale Sicherheit im postsowjetischen Raum zur Aufrechterhaltung der territorialen Integrität und Souveränität sicherzustellen.

Russland dominiert die OVKS und hat wirtschaftlich und militärisch innerhalb der Organisation die grösste Bedeutung. In der 20-jährigen Geschichte der Organisation wurde noch nie der Bitte eines Mitgliedsstaates um militärischen Beistand gefolgt. Dieser Aspekt wurde zuletzt deutlich, als auf Armeniens Antrag auf Hilfe durch die OVKS im Konflikt um Bergkarabach nicht eingegangen und die Beistandsklausel der OVKS nicht ausgelöst wurde.

Kasachstan und Russland

Gegenwärtig hält Armenien den Vorsitz der OVKS inne und es war genau Armenien, welches den bewilligten Beistandsantrag zugunsten von Kasachstan öffentlich in den sozialen Medien publik machte.

Das entschiedene Handeln der OVKS hat wohl primär damit zu tun, dass Russland seinen Einfluss in Kasachstan nachhaltig stärken möchte. Putin und der ehemalige kasachische Präsident Nazarbayev unterhielten enge Beziehungen, welche unter dem neuen Präsidenten Tokajev abzukühlen drohten.

Das entschlossene Handeln der OVKS mit dem dominierenden Akteur Russland ermöglicht es Russland, sich für Kasachstan als Schlüsselpartner langfristig zu positionieren.

Zumal die «Friedenstruppen» mittlerweile wieder aus Kasachstan abgezogen sind, hat Russland mit diesem Vorgehen deutlich gemacht, dass auf den «russischen Bären» Verlass ist.

Diese Botschaft kann für progressive zivilgesellschaftliche Akteure in Kasachstan auch als Drohung wahrgenommen werden. Im Weiteren gilt es bezüglich dem unverzüglichen Engagement der OVKS anzumerken, dass damit die russische Position in Kasachstan gegenüber China weiter gestärkt wurde. China und Kasachstan teilen eine mehr als 1800 Kilometer lange Grenze.

Im Zuge der chinesischen «Belt-and-Road-Initiative» steigt Chinas Einfluss in Kasachstan. Russland, welches Kasachstan traditionell als strategischen Partner wahrnimmt, missfällt der steigende chinesische Einfluss in Zentralasien und insbesondere in Kasachstan.

Es kann also abschliessend festgehalten werden, dass das entschlossene Einschreiten der OVKS in Kasachstan keinesfalls Zufall war und dieser historische Präzedenzfall bewusst gewählt wurde. +